

Eigentum verpflichtet - sozialer Zusammenhalt braucht faire Regeln - ein dringender politischer Appell von Attac Paderborn

**„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“
Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz**

Das Grundgesetz schützt Eigentum - und verbindet es ausdrücklich mit Verantwortung. Diese Balance ist ein Kern der sozialen Marktwirtschaft. Doch bei Wohnen, Armut und Vermögensverteilung gerät sie zunehmend unter Druck.

Vier Fakten, die uns alarmieren

- **13,3 Millionen Menschen** waren 2025 armutsgefährdet - 16,1 % der Bevölkerung. 21,2 % waren von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.
- **1,5 Millionen Menschen** erhalten regelmäßig Lebensmittel von den Tafeln. 29 % der Kundschaft sind Kinder und Jugendliche, 20 % Senior:innen. Laut Tafel-Umfrage 2025 hatten 24 % der Tafeln zeitweise einen Aufnahmestopp oder eine Warteliste; bei 55 % reichten die geretteten Lebensmittel nicht aus.
- **52,8 % der Bevölkerung** lebten 2025 zur Miete - der höchste Anteil in der EU. Schon 2022 gaben Hauptmieterhaushalte im Durchschnitt 27,8 % ihres Einkommens für die Bruttokaltmiete aus; 3,1 Millionen Haushalte lagen bei 40 % oder mehr.
- **Vermögen ist stark konzentriert.** Nach der Bundesbank hielten die vermögendsten 10 % der Haushalte seit 2011 im Durchschnitt mehr als 60 % des gesamten Nettovermögens; auf die vermögensärmere Hälfte entfielen im Durchschnitt nur 2,1 %.

Wohnen entscheidet über Freiheit und Teilhabe

Hohe Wohnkosten treffen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen besonders hart. Für Wohnungssuchende verschärft sich die Lage: In den sieben größten deutschen Städten stiegen die Neuvertragsmieten seit 2013 um rund 75 %. Neue Verträge lagen zuletzt im Durchschnitt 48 % über Bestandsmieten. Bei Haushalten im unteren Einkommensviertel erreichte die Mietbelastung bei Neuvermietungen in den Top-7-Städten 2024 nahezu 50 %.

Das ist mehr als ein Wohnungsproblem. Wer einen sehr großen Teil seines Einkommens für Miete aufbringen muss, hat weniger Spielraum für Ernährung, Mobilität, Bildung, Vorsorge oder gesellschaftliche Teilhabe. Haushalte mit weniger als 1.300 Euro monatlichem Nettoeinkommen verwendeten 2023 im Durchschnitt 64 % ihrer gesamten Konsumausgaben allein für Wohnen und Lebensmittel.

Tafeln lindern Not - sie dürfen Sozialpolitik nicht ersetzen

Die Tafeln leisten unverzichtbare solidarische Arbeit. Ihre hohe Nachfrage ist aber kein Normalzustand, mit dem sich eine wohlhabende Gesellschaft abfinden sollte. Lebensmittelhilfe kann akute Not lindern; sie kann weder bezahlbares Wohnen noch ausreichende Einkommen, Renten und soziale Sicherung ersetzen.

Es geht nicht gegen Eigentum - es geht um Verantwortung

Eigentum schafft Sicherheit, ermöglicht Investitionen und ist Teil wirtschaftlicher Freiheit. Gerade deshalb braucht es Regeln, die Freiheit und Gemeinwohl in ein tragfähiges Verhältnis bringen. Wenn Wohnkosten Chancen begrenzen, Armut zunimmt und Vermögen dauerhaft sehr ungleich verteilt bleibt, ist politische Korrektur keine Enteignungsdebatte, sondern eine Frage fairer Rahmenbedingungen.

Was jetzt zu tun ist

- **Bezahlbares Wohnen sichern:**
Wiedervermietungsmieten wirksam begrenzen, Verdrängungsschutz stärken und spekulative Fehlanreize reduzieren.
- **Dauerhaft bezahlbaren Bestand schaffen:**
sozialen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ausbauen, Bindungen verlängern und öffentliche Grundstücke vorrangig nach Gemeinwohlkriterien vergeben.
- **Armut wirksam begrenzen:**
Löhne, Renten und Sozialleistungen so ausgestalten, dass grundlegende Lebenshaltung und gesellschaftliche Teilhabe möglich bleiben.
- **Steuergerechtigkeit stärken:**
Das Steuersystem stärker an finanzieller Leistungsfähigkeit ausrichten und sehr große Vermögen sowie sehr große Erbschaften angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen.
- **Artikel 14 ernst nehmen:**
Eigentum schützen - und seine Sozialpflicht als Leitlinie politischer Regeln sichtbar machen.

Unser Appell

Eine demokratische und soziale Marktwirtschaft lebt vom Vertrauen, dass Leistung sich lohnt, niemand ins Bodenlose fällt und starke Schultern einen fairen Anteil tragen. Sozialer Zusammenhalt ist kein Luxus. Er ist Voraussetzung für Freiheit, wirtschaftliche Stabilität und eine belastbare Demokratie. Darum:

Bezahlbares Wohnen sichern.

Armut zurückdrängen.

Große Vermögen angemessen beteiligen.

Die Balance von Eigentum und Gemeinwohl wieder ernst nehmen.

Quellen

1. **Bundesministerium der Justiz / Gesetze im Internet:** Grundgesetz, Art. 14 Abs. 2. [Link zur Quelle](#)
2. **Statistisches Bundesamt:** 16,1 % der Bevölkerung sind armutsgefährdet (EU-SILC 2025), Pressemitteilung Nr. 039 vom 03.02.2026. [Link zur Quelle](#)
3. **Statistisches Bundesamt:** Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung - Endergebnisse 2025, Stand 09.04.2026. [Link zur Quelle](#)
4. **Statistisches Bundesamt / Eurostat:** Deutschland ist Mieterland Nr. 1 in der EU - 52,8 % im Jahr 2025, Stand 30.04.2026. [Link zur Quelle](#)
5. **Statistisches Bundesamt:** Haushalte wendeten 2022 durchschnittlich 27,8 % ihres Einkommens für die Miete auf, Pressemitteilung Nr. 129 vom 31.03.2023. [Link zur Quelle](#)
6. **ifo Institut:** Wohnungsmieten werden zum Wachstumshindernis, 13.10.2025; Studie im ifo Schnelldienst 10/2025. [Link zur Quelle](#)
7. **Statistisches Bundesamt:** Lebenshaltungskosten 2023: Haushalte mit geringem Einkommen geben über 60 % für Lebensmittel und Wohnen aus, 09.12.2025. [Link zur Quelle](#)
8. **Tafel Deutschland e. V.:** Zahlen & Fakten / Tafel-Umfrage 2025: Fakten zur Kundschaft und aktuelle Herausforderungen. [Link zur Quelle](#)
9. **Deutsche Bundesbank:** Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2023, Monatsbericht April 2025. [Link zur Quelle](#)
10. **Deutsche Bundesbank:** Distributional Wealth Accounts (DWA) for households in Germany, Aktualisierung 20.08.2026. [Link zur Quelle](#)